

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8.86.846 pbbn d

## Inhalt

Dr. Klaus Hänsch MdEP  
bewertet das Ergebnis der  
KVAE-Konferenz: Ein Impuls  
für die KSZE.

Seite 1

Gerd Walter MdEP warnt  
vor nationalen Alleingängen  
gegenüber dem Terrorismus:  
Bitte keine Augenwischerei.

Seite 2

Robert Antretter MdB fordert  
eine rasche Ratifizierung  
der Einheitlichen Europäischen  
Akte: Ein Schritt zur  
Europäischen Union.

Seite 3

Dr. Wilhelm Bruns würdigt,  
daß der Gewaltverzicht auf  
der KVAE konkretisiert wurde:  
Erfolg in Stockholm.

Seite 5

Klaus Daubertshäuser MdB  
wirft der Bundesregierung  
vor, die Bundesbahn ins  
Abseits zu steuern: Die Bahn  
braucht eine faire Chance.

Seite 8

41. Jahrgang / 180

22. September 1986

### Ein Impuls für die KSZE

Ergebnis der KVAE - ein Beitrag zu mehr Sicherheit

Von Dr. Klaus Hänsch MdEP

Stellvertretender Vorsitzender des Politischen Ausschusses des Europäischen Parlaments

Das Ergebnis der Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE), auf das sich die 35 Teilnehmerstaaten in Stockholm endlich geeinigt haben, ist uneingeschränkt zu begrüßen. Die Vereinbarungen von Stockholm können Wirkung entfalten, auch jenseits des Schlußtextes. Daß eine Einigung überhaupt möglich war, kann der in Wien beginnenden neuen KSZE-Runde frische Impulse geben. Auch auf andere Konferenzen, nicht zuletzt auf die Rüstungskontrollverhandlungen in Genf, wie auch auf die Wiener MBFR-Gespräche, kann das Ergebnis von Stockholm belebend wirken.

Das KVAE-Ergebnis hat den Frieden in Europa gewiß noch nicht sicherer gemacht. Es kann aber dazu beitragen, daß er sicherer wird. Durch Information und Kontrolle militärischer Bewegungen vom Atlantik bis zum Ural kann sich das Vertrauen in Europa bilden, auf dessen Grundlage erst ernsthaft abgerüstet werden wird. Denn daran ist die KVAE letztlich zu messen: Sie ist soviel wert wie sie dazu beiträgt, wirkliche Abrüstung in Europa herbeizuführen.

Wenn nicht einer der ganz Kleinen (wie etwa Malta) auf der heutigen Plenarsitzung aus der Reihe tanzt, ist der KSZE-Prozeß nach zweijährigen Verhandlungen einen weiteren Schritt vorangebracht worden. Das drückt sich weniger in den vereinbarten Einzelheiten über Manöveranmeldung, -beobachtung, über Inspektionsmodalitäten und -frequenzen aus. Entscheidend ist, daß die Sowjetunion endlich bereit ist, Lenin zu akzeptieren: „Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser!“ Inspektion und Spionage sind für sie nicht länger synonym. An dieser Veränderung einer historischen Position gemessen, sind die Zugeständnisse gering, die die westliche Seite, was die Truppenstärke bei anmeldepflichtigen Manövern anlangt, machen mußte.

Trotz der amerikanisch/kanadischen Beteiligung an der Konferenz und trotz der besonderen Rolle der USA in der Schlußphase, ist die KVAE eine vorrangig europäische Angelegenheit geblieben. Sie war vor drei Jahren auf der KSZE-Konferenz in Madrid vor allem von europäischer Seite gefordert worden. Die im Rahmen der EPZ handelnden EG-Außenminister haben dabei - selten genug - eine einheitliche und besonders konstruktive Rolle gespielt. Und bis zuletzt haben die europäischen Mächte mittlerer Größe nicht weniger als die Neutralen die beiden Supermächte gedrängt, zu einem Ergebnis zu kommen. Ein Zeichen dafür, daß Europa im Prozeß der Rüstungskontrolle und Abrüstung eine eigene Rolle spielen kann.

(-/22.9.2986/vo/st)

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Produziert in Zusammenarbeit  
mit dem Institut für  
Rüstungskontrolle



Bitte keine Augenwischerei!

Nationale Alleingänge sind die falsche Antwort auf den Terrorismus

Von Gerd Walter MdEP  
Vorsitzender der SPD-Europaabgeordneten

Mit Entsetzen hat die europäische und internationale Öffentlichkeit verfolgt, wie hemmungslos der internationale Terrorismus in den vergangenen Wochen vor allem in Frankreich Mordanschläge begangen hat. Frankreich hat darauf unter anderem mit einer Verhängung der Visa-Pflicht für alle Nicht-EG-Bürger mit Ausnahme der Schweizer reagiert. Auch aus der Bundesregierung war Zustimmung zu hören, wurde Bereitschaft zur Nachahmung signalisiert.

Ich begründete Zweifel, ob solche nationalen Alleingänge die richtige Antwort auf eine internationale Herausforderung ihr Ziel erreichen.

Eine Vermehrung der Grenzkontrollen in West-Europa wäre eine Bankrott-Erklärung der Regierungen in den EG-Mitgliedsstaaten. Ich warne deshalb: der Visa-Pflicht auch für den Bürger der EFTA-Staaten durch Frankreich darf für die Konferenz der EG-Innenminister am kommenden Donnerstag keine Pilotfunktion erhalten. Sie ist ebenso eine Augenwischerei wie die auch von bundesdeutscher Seite geforderte Intensivierung der Kontrolle an den EG-Binnengrenzen.

Es steht fest: Die Sichtverke für EFTA-Bürger verstoßen gegen geltende Abmachungen und machen, wenn beispielsweise die skandinavischen Staaten mit gleicher Münze zurückzahlen, überall nur böses Blut. Es wird aber kein Terrorist mehr dadurchgefangen. Denn wer geht schon in ein Netz, das in allen Karten eingezeichnet und mit Verkehrszeichen und Ampelanlagen kenntlich gemacht ist?

Ich befürchte, daß durch blinden Aktionismus die Verantwortlichen in den einzelnen Regierungen nur von Unterlassungen in der Vergangenheit ablenken wollen. Das Europäische Parlament hat seit Jahren eine verstärkte Zusammenarbeit der europäischen Staaten bei der Terrorismusbekämpfung gefordert und sich für wirksame Kontrollen an den Außengrenzen eingesetzt. Diese Forderungen sind immer wieder an nationaler Eigenbrödelei gescheitert.

Mehr Kontrollen an den Binnengrenzen würden von den betroffenen Bürgern zu Recht als Ablenkungsmanöver bewertet; sie erwarten statt dessen eine wirksame, gezielte Fahndung und entsprechenden Einsatz der Mittel dort, wo dies nachweislich erfolgversprechend ist.

(-/22.9.1986/vo/st)

\* \* \*



### Ein Schritt zur Europäischen Union

---

Die Einheitliche Europäische Akte (EEA) muß rasch ratifiziert werden

Von Robert Antretter MdB

Mitglied des Präsidiums der Europa-Union Deutschland und  
Obmann der AG Europa-Kommission der SPD-Bundestagsfraktion

Kein Zweifel: Ohne die Initiative des direkt gewählten Europäischen Parlaments, dessen Vertragsentwurf zur Gründung der Europäischen Union den entscheidenden Anstoß gegeben hat, wäre es zur „Einheitlichen Europäischen Akte“ vom Februar 1986 nicht gekommen. Ob dieser neue „Kompromiß von Luxemburg“ eine wesentliche Etappe des europäischen Integrationsprozesses bedeutet, muß die Zukunft erweisen. Jedenfalls hat mit der „Akte“ die Reformdiskussion der letzten Jahre einen vorläufigen Abschluß gefunden.

Jetzt steht auch im Deutschen Bundestag die Ratifizierung an. Nach Artikel 236 des EWG-Vertrages ist sie die notwendige Voraussetzung, wenn aus dem vorliegenden „Minikonsens der zwölf Staaten“ (so die EG-Kommission) doch noch ein Schritt in die Richtung eines demokratisch kontrollierten Europas werden soll. Allerdings bedarf es dazu gleichzeitig eines neuen Bewußtseins in der Öffentlichkeit, das die politische Unverzichtbarkeit einer europäischen Bürgerbewegung begreift.

In diesem Sinn arbeitet die Europa-Union Deutschland seit Jahrzehnten für den europäischen Bundesstaat. Sie wirkt politisch, aber überparteilich. Daher hat sie jetzt eine gute Chance, auf die demokratische Willensbildung zum Thema der Einheitlichen Europäischen Akte mit ihren spezifischen Mitteln Einfluß zu nehmen. Sie wird auf allen Ebenen ihrer Gliederungen auf rasche Ratifizierung drängen, damit Europa voran kommt. Die Mitglieder der Europa-Union halten in ihren jeweiligen politischen Parteien und Verbänden das „europäische Gewissen“ wach und sorgen dafür, daß die Regierungskompromisse durch demokratische Impulse von unten weiter gebracht werden. Für dieses Engagement ist es aber besonders wichtig, daß jene Punkte der „Einheitlichen Europäischen Akte“ klar sind, die verbessert und dringend weiterentwickelt werden müssen.



So ist es unabdingbar, daß das Entscheidungsverfahren der Europäischen Gemeinschaft weiterhin verändert wird. Grundsätzlich muß der Ministerrat zu Mehrheitsabstimmungen kommen. Unter Berufung auf „vitale Interessen“ ein Veto einzulegen und damit Einstimmigkeit zu erzwingen - diese Praxis muß endlich aufhören, wenn, wie es die Akte vorsieht, der Europäische Binnenmarkt bis Ende 1992 realisiert sein soll. Mehrheitsbeschlüsse sind notwendig, weil sich nur so die Befugnisse des Europäischen Parlaments bei der Rechtssetzung der Gemeinschaft erweitern lassen und auf diese Weise auch die jetzt aufgewertete EG-Kommission eine stärkere Rolle als politischer Vermittler zwischen Ministerrat und Parlament spielen kann. Die demokratischen Kontrollrechte, die nationale Parlamente abgeben, müssen durch mehr Mitentscheidungsrechte des Europäischen Parlaments kompensiert werden. Schon im Blick auf die dritte Direktwahl im Jahre 1989 muß das Parlament zur wesentlichen europäischen Legislative ausgebaut werden. Dazu gehört übrigens auch die Beteiligung an einer umfassenden Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ), damit Europa außenpolitisch mit einer Stimme spricht.

Das Datum des 31. Dezember 1992 sollte also nicht nur für den Binnenmarkt, sondern auch für ein vollendetes „Europa der Bürger“ festgehalten werden, wobei bis dahin der ECU als europäische Währung anerkannt sein muß. Leider hat die Akte wenig konstruktive Ansätze zur Stärkung des europäischen Währungssystems und - da EUREKA nicht integriert ist - zur Entwicklung einer europäischen Technologiegemeinschaft. Auch wäre ein wirksames Umweltschutzprogramm für Europa jetzt überlebensnotwendig gewesen.

Es ist klar, daß die Einheitliche Europäische Akte vom Februar 1986 insgesamt weit hinter den Hoffnungen und Erwartungen engagierter Europäer zurückgeblieben ist. Dennoch muß sie jetzt so rasch wie möglich von den nationalen Parlamenten ratifiziert werden. Trotz aller Vorbehalte kann sie neue Perspektiven öffnen und damit den Weg freimachen für größere und wirksamere Fortschritte zur Europäischen Union.

(-/22.9.1986/vo-he/st)

\* \* \*

**Erfolg in Stockholm****Gewaltverzicht wurde gefestigt**

Von Dr. Wilhelm Bruns  
Abteilungsleiter der Friedrich-Ebert-Stiftung

Der Gewaltverzicht ist auf der KVAE konkretisiert worden. Am Ende kam doch erheblich mehr heraus, als selbst Optimisten gehofft hatten. Am heutigen Montag gelang es 35 Staaten, sich auf ein Dokument zu verständigen, das für die Ost-West-Beziehungen neuen Auftrieb gibt und für die Abrüstungsverhandlungen eine gute Grundlage schafft. Nach fast dreijährigen Verhandlungen konnten die Teilnehmer der Konferenz für vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen und Abrüstung in Europa (KVAE) ihre Arbeit erfolgreich abschließen. Ihnen war aufgegeben, etappenweise neue, wirksame und konkrete Schritte zur Festigung des Vertrauens und der Sicherheit in Europa zu erarbeiten, um so dem völkerrechtlichen Gewaltverzicht Ausdruck und Wirkung zu verleihen. Welche Maßnahmen geeignet sind, um diesem Mandat gerecht zu werden - dies war lange Zeit umstritten. Nach zähen Verhandlungen gelang es, sich auf Maßnahmen zu verständigen, die weit über die Schlußakte von Helsinki von 1975 hinausgehen. Bekanntlich konnten sich auf dem Höhepunkt der Ost-West-Entspannung die Staaten im Schlußdokument von Helsinki 1975 lediglich auf zwei vertrauensbildende Maßnahmen einigen: Anmeldung von Manövern ab einer Stärke von 25.000 Mann und die Verabredung, daß zu diesen Manövern Manöverbeobachter eingeladen werden sollten (nicht mußten). Die Erfahrungen, die man mit diesen beiden vereinbarten vertrauensbildenden Maßnahmen gemacht hat, flossen in die Beratungen ein, wobei allen Beteiligten klar war, daß neue Verhandlungen über den Bereich der vertrauensbildenden Maßnahmen dazu führen mußten, weit über diese Maßnahmen hinauszugehen. Dies gelang auch. So wurde vereinbart, daß Manöver und Truppenbewegungen, an denen mehr als 13.000 Soldaten beteiligt sind, amphibische oder Luftlandebewegungen mit mehr als 3.000 Soldaten beziehungsweise entsprechende Aktivitäten mit mehr als 300 Panzern künftig allen KVAE-Unterzeichnern 42 Tage im voraus angekündigt werden müssen. Hierzu ist ein detaillierter Katalog erarbeitet worden, der dem ankündigenden Staat genaue Informationen über Art, Umfang und Zweck der militärischen Aktivitäten abverlangt.

Zu Manövern mit mehr als 17.000 Soldaten sowie amphibischen und Luftlandebewegungen mit mehr als 5.000 Soldaten sind Beobachter der übrigen KVAE-Teilnahmestaaten einzuladen. Jedes Land kann zwei Beobachter entsenden, deren Rechte genau festgelegt sind, um so ihre Beobachtungsaufgabe optimal zu gewährleisten. Sowohl bei der Ankündigung wie auch bei der Beobachtung von Manövern ist im Gegensatz zur Schlußakte von Helsinki festzuhalten, daß nach Inkrafttreten des Dokuments von Stockholm Ankündigung und Beobachtung politisch verbindlich sind.



Vertrauen hat etwas mit Transparenz zu tun. Hier konnten sich Ost und West nicht auf alle Maßnahmen verständigen, die zur Transparenz beitragen. Immerhin gelang es, sich auf einen Jahreskalender zu verständigen. Das heißt, bis zum 15. November eines jeden Jahres werden Jahresübersichten über geplante meldepflichtige Aktivitäten ausgetauscht. Hier ist durch ein Schema sichergestellt, daß eine Reihe von militärisch interessanten Informationen den anderen mitgeteilt werden. Wichtig ist auch, daß militärische Aktivitäten mit mehr als 40.000 Soldaten in der jeweiligen Jahresübersicht schon für das übernächste Jahr angekündigt werden müssen. Und: Militärische Aktivitäten, die über 75.000 Soldaten hinausgehen, dürfen ohne zweijährige Vorankündigung nicht stattfinden.

Bis zuletzt umstritten waren die Regelungen über Verifikationsmaßnahmen. Hier gab es dann den größten Fortschritt. Wer noch die Eröffnungsrede des damaligen sowjetischen Außenministers Gromyko im Januar 1984 in Stockholm in Erinnerung hat, der wird ermessen können, was tatsächlich erreicht werden konnte. Hatte damals Gromyko noch gegen Kontrollmaßnahmen polemisiert, so ist die Sowjetunion heute einverstanden mit Kontrollmaßnahmen auf ihrem eigenen Territorium (Inspektionen vor Ort), das heißt: Jedes Land muß sich auf Verlangen anderer KVAE-Teilnehmer bis zu drei Land- oder/und Luftinspektionen jährlich gefallen lassen. Die beteiligten KVAE-Staaten können sich einigen, ob dazu Flugzeuge des kontrollierenden Staates verwendet werden. Dies ist vereinbart worden. Auch wenn man noch nichts über die Praxis solcher Vereinbarungen sagen kann, so kann man doch jetzt schon feststellen, daß der Gewaltverzicht durch diese Maßnahmen konkretisiert und gefestigt worden ist. Hinzu kommt, daß in der Gewaltverzichtserklärung die Verpflichtung wiederholt wurde, daß das Verbot der Androhung oder Anwendung von Gewalt gegenüber jedem KVAE-Staat gilt, ungeachtet seines politischen, ökonomischen oder kulturellen Systems und unabhängig davon, ob zu ihm Bündnisbeziehungen bestehen oder nicht. Dies bedeutet, daß beispielsweise die Breschnew-Doktrin, die den Warschauer Pakt-Staaten im Verhältnis zur Sowjetunion eine begrenzte Souveränität einräumt, obsolet ist. Darüber hinaus wird bekräftigt, daß alle Streitfälle friedlich geregelt werden müssen, und auf besonderen Wunsch der Neutralen findet sich hier ein Passus über die universelle Bedeutung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, die zu wesentlichen Faktoren für den internationalen Frieden und die Sicherheit erklärt werden.

Neben dem Inhaltlichen ist es wichtig festzuhalten, daß hier Ost und West ihre Fähigkeit zum Kompromiß bewiesen haben. An der Kompromißsuche und schließlich -findung waren die beiden



deutschen Staaten aktiv beteiligt. Ihre jeweiligen Delegationsleiter, Botschafter Citron wie Botschafter Dr. Böhning, waren durch hohen persönlichen Einsatz und in konstruktiver Weise am Zustandekommen des Schlußdokuments von Stockholm in jeder Phase beteiligt. Dadurch wurde von beiden unterstrichen, daß die beiden deutschen Staaten in Fragen von Sicherheit und Abrüstung ihren Beitrag leisten können.

Bei der politischen Bewertung des Schlußdokuments von Stockholm sollten drei Gesichtspunkte eine Rolle spielen:

1. In Stockholm wurde nicht über Abrüstung verhandelt, sondern über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen. Jedoch ist ein Abschluß über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen die erklärte Voraussetzung für eine zweite Phase der KVAE, bei der es um konventionelle Abrüstung geht.
2. Mit einem substantiellen Abschluß in Stockholm sollten auch die Verhandlungen über einen konventionellen Truppenabbau in Wien, also bei MBFR, erfolgreich beendet werden. Dies wäre die Voraussetzung für die Inangriffnahme des weiterreichenden Vorschlages des Warschauer Paktes von Budapest über konventionelle Abrüstung.
3. In Wien wird ab November über die Fortsetzung des KSZE-Prozesses (deren Teil die KVAE ist) beraten. Ohne einen erfolgreichen Abschluß der KVAE wären die Voraussetzungen für weiterreichende KSZE-Überlegungen nicht gegeben.

Nun kommt es darauf an, den Erfolg von Stockholm zu einer erfolgreichen Ost-West-Praxis zu machen - im Bereich der Abrüstung wie in den ökonomischen und humanitären Ost-West-Beziehungen.

(-/22.9.1986/va-ha/jr)

Die Bahn braucht eine faire Chance

Bundesregierung steuert Bundesbahn ins Abseits

Von Klaus Daubertshäuser MdB

Mitglied des Vorstandes und verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Die Bundesregierung verweigert der Bahn faire Chancen. Sie will die Handicaps der Schiene im Wettbewerb sowohl mit dem nationalen wie auch mit dem europäischen Straßengüterverkehr nicht beseitigen. Hier rächt sich, daß die Bahn als öffentliches Unternehmen mit ihren Forderungen an die Politik deutlich zurückhaltender sein muß als private Verbände und Interessengruppen.

Die sowohl in der Bundesrepublik wie auch in Europa unterschiedlichen Wettbewerbsbedingungen für Eisenbahn und LKW müssen harmonisiert werden. Die EG hat für die europäischen Eisenbahnen das Harmonisierungskonzept vorgelegt:

- Der Staat übernimmt (wie bei den Straßen) die Kosten des Schienenweges.
- Die Bahnen zahlen eine Gebühr (wie bei der Mineralölsteuer) entsprechend dem Umfang der Schienennutzung.
- Der Staat übernimmt die Verluste, die der Bahn aufgrund der Aufgaben erwachsen, die ihr politisch auferlegt werden.
- Lösung der Verschuldungsprobleme.

Die Bundesregierung verweigert die Umsetzung dieser Harmonisierungsmaßnahme. Sie sperrt sich ohne Grund, denn sie hat nicht einmal ein eigenes Harmonisierungskonzept.

Dies Verhalten ist unseriös. Die Bundesregierung läuft Gefahr, von unseren europäischen Partnern nicht mehr ernst genommen zu werden.

(-/22.9.1986/vo-he/st)

\* \* \*

